

PRO UND KONTRA MICHAEL KASPAR UND FREDY STÄHELI ZUR AUSWECHSLUNG DER STADTRÄTE

Nur ein neues Team kann Neues bewirken

In der Diskussion um neue Köpfe im Stadtrat Rapperswil-Jona geht es nicht darum, ob die heutigen Mitglieder zu wenig geleistet haben. Ihr teilweise jahrzehntelanger Einsatz für die Stadt ist unbestritten zu schätzen und zu würdigen. Gerade der Amtsälteste, der heutige Bauvorsteher Walter Domeisen, war lange, sehr lange eine ausserordentlich prägende Figur mit Charisma und Köpfchen. Und er hatte auch das notwendige Durchsetzungsvermögen, das es sowohl als Stadtpräsident von Rapperswil, aber auch als Stadtrat von Rapperswil-Jona gebraucht hat.

Doch jetzt ist ein Neuanfang nötig. Ein kompletter, auch wenn man getrost das Schulpräsidium von Thomas Rüegg dabei ausklammern kann. In dem Führungsvakuum, das Benedikt Würth hinterlassen hat, machte der Stadtrat eine schlechte Figur. Die Ratlosigkeit, welche die Zeit vor der Tunnelabstimmung überschattet hat und die noch immer spürbar ist, muss ein Ende haben. Die Stadtregierung muss das Heft wieder in die Hand nehmen und den Draht zur Bevölkerung wieder finden. Dazu hat sie mit Erich Zoller wohl den richtigen Mann an ihrer Spitze, der unabhängig und mit der nötigen Distanz zum Gewesenen, aber auch mit viel Erfahrung seine Position in der Stadt aufbauen kann. Es ist klar, dass das der Stadtprä-



PRO
Michael Kaspar
Redaktionsleiter

wichtiges Signal, dass es die Stadt ernst meint und aus den vergangenen Fehlern gelernt hat. Für die jetzigen Stadträte kann das wohl etwas frustrierend sein. Aber die Stadt braucht jetzt diesen Neuanfang. Vor allem, weil solche Zäsuren heilsam sein können. Aber es braucht dafür auch die richtigen Köpfe.

Politische Verantwortung liegt bei den Parteien – aber nicht nur. Das Gewerbe beispielsweise zeigt, dass es gewillt ist, bei der Auswahl mitzumischen. Das ist erfreulich. Die Ortsparteien müssen aber ebenso frühzeitig und vor allem ernsthaft ihre Aufgabe anpacken. Sie haben jetzt ein Jahr Zeit, für einen Neuanfang zu sorgen und die besten Männer und Frauen zu stellen für die wichtigsten Ämter in der Stadt. Ausreden gibt es keine mehr. Und wie der Stadtrat müssen jetzt auch die Parteien beweisen, dass sie wissen, was die Stadt jetzt braucht.

sident nicht alleine kann, er braucht ein Team – den Stadtrat. Aber er braucht jetzt ein neues Team, das die Makel der letzten Zeit abstreifen kann und unbelastet an die Arbeit geht. Für die Bevölkerung wäre ein neuer Stadtrat ein

Erfahrung und Kontinuität sind wichtig

Mit der da und dort laut gewordenen Forderung nach einer Neubesetzung des Stadtrates sollte man nicht gleich das Kind mit dem Bade ausschütten. In einer Exekutive braucht es nicht bloss brillante Köpfe, sondern auch stille Schaffer mit einem gerüttelt Mass an Pragmatismus. Hier zählen Erfahrung und Beharrlichkeit. Sorgfältig vorgenommene Güterabwägungen sind wichtig. Das nötige Know-how um eine Stadt in der Grösse von Rapperswil-Jona zu lenken, erwirbt man sich nicht von einem Tag auf den andern.

Natürlich spricht nichts dagegen, dass das eine oder andere Exekutivmitglied nach einer längeren Amtszeit zurücktritt. Das sorgt gewissermassen für die notwendige Blutaufrischung. Es zahlt sich aber kaum aus, wenn mehr oder weniger alle das zugleich tun. Denn es braucht auch diejenigen, die das Wissen an die Nachrückenden weitergeben und für Kontinuität sorgen. So muss nicht unnötigerweise viel Energie darauf verwendet werden, das Rad wieder neu zu erfinden. Eine Mischung aus mehrheitlich bisherigen Stadträtinnen und Stadträten und wenigen Neulingen ist für Rapperswil-Jona besser. Schliesslich startet ja auch kaum ein Fussballklub mit einer komplett neuen Mannschaft in die Saison. Vielmehr setzt er auf die guten und erfahrenen Spieler. Sie bilden das Gerippe



KONTRA
Fredy Stäheli
Redaktor

der Mannschaft. Nach und nach integriert dann der Trainer neue Spieler ins Team. So muss das auch in einer Stadtregierung funktionieren. Denn auch Stadträtinnen und Stadträte müssen ein gut eingespieltes Team bilden, damit sie ihre vielschichtigen Aufgaben erfüllen können.

Bedenken in der Diskussion um neue Köpfe im Stadtrat muss man, dass der Stadtrat in seiner jetzigen Zusammensetzung seine Arbeit in der Sache gut gemacht hat. Das Einzige, was man ihm vorwerfen kann, sind Defizite in der Kommunikation. Doch besser zu kommunizieren, kann man lernen. Deswegen muss man sicher keinen ganzen Stadtrat austauschen. Zudem ist es einfach, nach neuen Köpfen zu rufen. Dass sie es besser machen als die alten, ist noch lange nicht gesagt. Und neue gute Stadtratskandidaten wollen erst einmal gefunden sein. Ob solche die Parteien einfach aus dem Zylinder zaubern können, ist mehr als fraglich. – Gerade wenn man sich an das «Affentheater» erinnert, das sie bei der Stadtpräsidentenwahl veranstaltet haben.

POLITGERASCHEL

VON MARKUS LINDER

Kleine helfen den Grossen

Bekanntlich wird der Nationalrat in den Kantonen, die aufgrund der Bevölkerungszahl mehr als nur einen Sitz im Rat belegen dürfen, im Proporz gewählt. Das heisst: Jede Partei erhält von der Anzahl der Sitze im Verhältnis so viele, wie sie ihren erzielten Stimmen entsprechen. Im Grundsatz stimmt dies, im Einzelnen dann aber doch nur bedingt. Denn es gibt ja bei einer solchen Verteilung mathematisch immer einen Rest (was dann jeweils zu den sogenannten Restmandaten führt). Und der reine Proporz – heruntergerechnet auf die einzelnen Parteien – kann gemäss Wahlgesetz umgangen werden, indem Listenverbindungen konstruiert werden. So können die Parteien die Stimmen möglichst optimal nutzen, denn eine Listenverbindung wird bei der ersten Unterteilung als eine einzige Partei betrachtet. Erst bei der zweiten Unterteilung wird dann innerhalb der Verbindung errechnet, wer vom zusammengeschlossenen Lager wie viele Sitze erhält (dies natürlich auch wieder proportional).

Beim Eingehen von Listenverbindungen kommen die Rechner und Taktiker ins Spiel. Sie versuchen, für ihre Partei die Situation zu optimieren. Listenverbindungen nützen fast immer nur den grösseren Partnern des Pakets; die Kleinen sind also für die Grossen nur Stimmenlieferanten.

Selbstverständlich wurde auch bei den Schwyzer und St. Galler Parteien eifrig gerechnet, denn letztlich hängt nicht weniger als ein Fünftel aller Nationalratssitze von Listenverbindungen ab. Das Eingehen von Verbindungen läuft dann – wie könnte es in der Politik anders sein – nicht immer rund. In St. Gallen war anfänglich von einer grossen Verbindung zwischen SP, Grünen, Grünliberalen und EVP die Rede. Es kam anders, die EVP wollte nicht mit der SP koalieren. Die FDP stellte sich vor, die neue BDP als Stimmenlieferantin ins Boot nehmen zu können. Alles war schon fix vereinbart, als die BDP plötzlich merkte, dass sie so nie und nimmer zu einem Sitz kommen kann. Also gab es kurz nach der Hochzeit schon wieder die Scheidung und ganz schnell eine neue Liebe mit der GLP.

Und wer hat nun in Schwyz und St. Gallen solche Päckli geschnürt? In Schwyz gibt es ein linksgrünes Paket mit nicht weniger als sieben Listen (samt EVP und zum Beispiel einer Liste «Frischer Wind»), eines der SVP (inklusive einer Liste «Aktive Senioren»), eines von FDP und BDP (samt der Liste «Schwyzer Unternehmer») sowie eines der CVP. In St. Gallen koalieren CVP und EVP, SP und Grüne, SVP und EDU sowie GLP und BDP.

Man darf also feststellen: In beiden Kantonen wird das Instrument der Listenverbindung eifrig genutzt. So werden vor allem die Stimmen jener Wählerinnen und Wähler, die sich für kleinere Parteien entscheiden, nicht einfach «nutzlos» verpuffen. Sie kommen wenigstens einer geistig verwandten Partei zugut.

Und für den Polit-Beobachter machen es genau diese Listenverbindungen jeweils schwierig, eine verlässliche Prognose abgeben zu können.

* Markus Linder, früherer Kantonsrat (SP) und Schulpräsident, ist Leiter der H.B.S.-Sprachschule Rapperswil und Journalismus-Dozent.

LANGSAM KOMMT DER HERBST

Die Morgenstimmung in Reichenburg zeigt, wie schön der Herbst im Linthgebiet sein kann. Die Sonne spiegelt sich an der Wasseroberfläche. Und sogar die Glarner Alpen kann man auf der glatten Fläche wiedererkennen. Einzelne Blätter schwimmen obenauf und zeigen, dass es bald Herbst wird. Die Tage werden kürzer und kälter. Trotzdem erfreut sich die Bevölkerung auch im Oktober noch ein wenig am schönen Wetter. Denn noch ist es trocken und warm. Bild: Manuela Matt



Bürgerliche uneinig in Atomfrage

RAPPERSWIL. Der Arbeitgeberverband See und Gaster lud wirtschaftsfreundliche Nationalratskandidaten am Donnerstag zur Wahlveranstaltung ein.

MARKUS RICHTER

Markus Hofmann vom Arbeitgeberverband See und Gaster begrüsst am Donnerstagabend in den Räumen der Wicor Holding AG die Gäste zum öffentlichen Wahlpodium. Als Gesprächsleiter schickte er voraus, dass nur Vertreter von Parteien eingeladen worden seien, die für den Arbeitgeberverband als wählbare Kandidaten der Wirtschaft in Frage kommen. Die Sozialdemokraten sowie die SVP-Kandidatin Barbara Keller-Inhelder seien deswegen nicht vertreten. Auf dem Podium diskutierten von der CVP Nationalrat Jakob Büchler (Rufi),

Kantonsrätin Yvonne Suter (Rapperswil-Jona) und Kantonsrat Beat Jud (Schmerikon) sowie von der FDP Kurt Weigelt (St. Gallen) und Kantonsrat Peter Zuberbühler (Gommiswald).

Die grundsätzliche Einigkeit bei den von Hofmann eingebrachten Themen wurde lediglich bei der Energiepolitik

deutlich aufgebrochen. Weigelt nannte die von den nationalen Räten angenommenen Motionen eine «fahrlässige Symbolpolitik». Büchler, der im Nationalrat mit der Mehrheit abgestimmt hat, verneinte den Vorwurf, dass die Ausstiegsdebatte ein wahltaktisches Thema sei. Suter begrüsst, dass die Wirtschaft nun

auf eine sichere Entscheidungsgrundlage bauen könne. Ein Moratorium im Sinne der FDP verursache Unsicherheiten.

Jud, Verwaltungsrat der St. Gallisch-Appenzellischen Kraftwerke AG, widersprach seinen Parteikollegen. Er sehe keine Alternative, um die Leistungsfähigkeit der Atomkraft zu ersetzen. Strompreiserhöhungen und Auslandsabhängigkeit würden nun drohen. Auch Zuberbühler betonte, dass die Alternativen kurz- und mittelfristig nicht genügen würden. Gerade die Grüne Partei verhindere zudem den Ausbau der Wasserkraftnutzung.

Einig waren sich die Kandidaten, dass die Ostschweiz bei Bahn- und Strassenprojekten auf Bundesebene ins Hintertreffen geraten sei. Das Verbandsbeschwerderecht wurde mit Ausnahme von Suter deutlich abgelehnt. Bei der Hooliganfrage wurde stärkere Repression gefordert.



Diskutierten engagiert (von links): Jakob Büchler, Peter Zuberbühler, Yvonne Suter, Gesprächsleiter Markus Hofmann, Kurt Weigelt und Beat Jud. Bild: zvg